

Roland Hamm, Christa Klink
Die Linke. im Aalener Gemeinderat

Haushaltsrede und Beschlussanträge zum Haushalt 2024

- es gilt das gesprochene Wort -

Aalen, 30.11.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Beigeordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

schwierige Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Handeln beeinflussen das aktuelle Jahr und zeigen Wirkung für das Haushaltsjahr 2024. Allerdings nicht so dramatisch wie Einige bei den zurückliegenden Haushaltsberatungen prognostizierten.

Die Beschäftigung ist in der großen Mehrheit unserer lokalen Wirtschaft stabil, was sich auf eine positive Entwicklung bei der Einkommenssteuer auswirkt. Ähnliches gilt mit Abstrichen auch für die Gewerbesteuer.

Ob der zunehmende Transformationsprozess in unserer Wirtschaft im Haushaltsjahr 2024 eine Verschlechterung der kommunalen Einnahmen mit sich bringt, ist zu befürchten.

Die genannten Rahmenbedingungen treffen die Kommunen politisch besonders hart, da die von Bund und Land in Kommunen delegierten Aufgaben zunehmen, allerdings ohne adäquate finanzielle Unterstützung.

Wird die soziale Spaltung drastischer oder tun wir das Richtige und stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt und geben wir eine solidarische Antwort?

Eine (Kommunal-) Politik des „Sparens um jeden Preis“ wäre mit Sicherheit die völlig falsche Antwort auf die aktuellen Herausforderungen.

Ängste und Unsicherheit in der Bevölkerung nehmen zu, wie jüngste Umfragen und gesellschaftliche Entwicklungen erneut belegen. Das Vertrauen in den Staat, in die Demokratie, in die Politik und Politikerinnen und Politiker schwindet zunehmend.

Ängste und Unsicherheiten werden aber auch geschürt, insbesondere in den sog. sozialen Medien und zunehmend auch in der Kommunalpolitik.

Seit über 30 Jahren lässt die R+V Versicherung die Bundesbürger befragen, nach ihren größten Sorgen rund um Politik, Wirtschaft, Umwelt, Familie und Gesundheit.

Die bundesweit einzige Langzeitstudie zu den Ängsten der deutschen Bevölkerung dokumentiert ein Stück Zeitgeschichte – und zeigt eine spannende Entwicklung über mehr als ein Vierteljahrhundert.

Die Ängste der Deutschen – 2023

Was denken Sie steht an 1. Stelle?

Das ist doch klar werden einige denken oder vielleicht sogar sagen:

„Die Flüchtlingsproblematik“, Dier Angst vor Überfremdung“

Weit gefehlt: Die Studie sagt was völlig anderes aus:

		Veränderung zum Vorjahr
1	steigende Lebenshaltungskosten	65 % -2
2	Wohnen in Deutschland unbezahlbar	60 % +2
3	Steuererhöhungen / Leistungskürzungen	57 % +5
4	Überforderung des Staats durch Geflüchtete	56 % +11
5	schlechtere Wirtschaftslage	51 % -6
6	Überforderung der Politiker und Politikerinnen	51 % +7
7	Kosten für Steuerzahler durch EU-Schuldenkrise	50 % -1
8	Spaltung der Gesellschaft	50 %
9	Pflegefall im Alter	48 % +7
10	Klimawandel	47 % +1

Anteil der Befragten in Prozent, die sich für die angegebenen Themenbereiche auf einer Skala von 1 ("keine Angst") bis 7 ("sehr große Angst") jeweils mit 5, 6 oder 7 einstufen | Repräsentative Stichprobe, 2400 Befragte im Alter ab 14 Jahren, Befragungszeitraum: 12. Juni bis 20. August 2023

Tabelle: ntv.de / mmo • Quelle: R+V-Infocenter, Methodik

ntv

Die Menschen sorgen sich tatsächlich um andere Dinge, die für sie existenziell sind.

Die ersten drei Plätze der Rangliste belegen die Angst durch

- steigende Lebenshaltungskosten (65%),
- Wohnen in Deutschland unbezahlbar (60%)
- Steuererhöhungen und Leistungskürzungen (57%)

Die in der aktuellen politischen Debatte meistzitierte Angst heißt nicht etwa Angst vor Migration oder Geflüchteten

- **Sondern die Angst, dass der Staat deren Folgen nicht bewältigt - und nimmt den vierten Platz ein!**

Trotzdem reagiert die sogenannte politische Mitte angesichts der öffentlichen Fixierung auf das Flüchtlingsthema schnell.

„Rechts hats gesagt und die sogenannte politische Mitte macht was draus“

Auf dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern wird nicht über Fluchtursachen, nicht wie Fluchtursachen bekämpft werden können, oder mit Flüchtlingen über die Umstände, die zur Flucht führen gesprochen.

Nein es wird, entschieden, innenpolitisch etwas mehr Geld in die Länder und vielleicht auch in die Kommunen zu geben, um die Stimmung in der Politik zu entspannen.

Heraus kamen vor allem, mehr Abschiebungen, Absichtserklärungen zur Verschlechterung der sozialen Situation von Geflüchteten, Bezahlkarte statt Geld, Aufrüstung an den Außengrenzen.

Alles in der Hoffnung, dass Menschen aufhören vor Kriegen, Katastrophen, Verfolgung und Armut nach Europa zu flüchten!

Dies ist ein vielfach widerlegter Irrglaube, der Dank der Hetze von AfD und anderer rechter Gesinnungsleute am Ende zu einer demokratiefeindlichen und zutiefst inhumanen Entwicklung führt.

Könnte es nicht sein, dass mit der Fokussierung auf die Flüchtlingspolitik abgelenkt werden soll, dass der Staat nichts gegen die fundamentalen Existenz- und Abstiegsängste der Bürger tut, die sich in der Rangliste Platz 1-3 widerspiegeln.

- **Wo bleiben die Maßnahmen gegen steigende Lebenshaltungskosten?**
- **Was unternimmt ein Herr Lindner, um die Bevölkerung vor Leistungskürzungen zu schützen? (Achtung, leider Ironie) Tatsächlich kündigt er nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Umsetzung einer rigorosen Sparpolitik an!**
- **Wann werden die aus Sicht der Bundesregierung notwendigen 400.000 sozial bezahlbaren Wohnungen endlich gebaut? Warum fallen jährlich immer noch mehr Wohnungen aus der sozialen Förderung heraus, als neue dazu kommen?**

- **Warum verzichtet seit Jahren die Bundesregierung darauf die Steuerhinterziehung wirkungsvoll zu unterbinden?
Jährlich entgehen uns über 100 Milliarden €, die eigentlich zur Finanzierung wichtiger Aufgaben eingesetzt werden könnten**
- **Warum verzichtet die Bundesregierung auf die längst überfällige Erhöhung des Spitzensteuersatz von 42% auf 52% (wie in Zeiten der Kohl Regierung)? Mehreinnahmen von über 40 Milliarden könnten generiert werden.**
- **Wann kommt die Erbschaftssteuer auf die großen Vermögen?**

Dies alles könnte Verschuldung begrenzen und Spielräume für notwendige Investitionen in Zukunft, wie die Begleitung der Transformation in der Wirtschaft oder des existenzbedrohenden Klimawandels eröffnen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Vor dem beschriebenen bundespolitischen Hintergrund ist aus unserer Sicht deshalb positiv, dass eine breite demokratische Mehrheit im Aalener Gemeinderat, entgegen der AfD, für Werte wie Humanität, Solidarität, Hilfsbereitschaft und Integration statt Aus- und Abgrenzung steht! Dafür möchten wir uns bei Ihnen Herr OB Brütting, Herrn Steidle und Herrn Ehrmann, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats ausdrücklich bedanken!

Wir sind froh, dass Investitionen in Bildung und Betreuung, die Fortführung und Umsetzung begonnener und weiterer Infrastrukturprojekte, der ökologische Umbau zur Erreichung unserer gesetzten Klimaziele, die stärkere und bessere Beteiligung von Jugendlichen durch einen Jugendgemeinderat, Schwerpunkte unserer Kommunalpolitik bleiben.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

trotzdem gibt es noch viele weitere Herausforderungen und Notwendigkeiten für unsere kommunalpolitische Verantwortung, wenn wir den sozialen Frieden sichern und größer werdende Armut bekämpfen wollen, wenn wir vorhandene Benachteiligungen von Teilen unserer Mitmenschen und die nach wie vor vorhandene Wohnungsnot bekämpfen wollen. Wenn wir Arbeit und Ausbildung fair gestalten und Aalen nicht nur ökologisch, sondern auch sozial für die Zukunft ausrichten wollen.

Von diesen Ansprüchen geleitet, stellt die Gruppe *Die Linke.* im Aalener Gemeinderat nachfolgende Anträge zum Haushalt 2023:

Die Linke. im Aalener Gemeinderat setzt sich bekanntermaßen seit 2016 bei den jährlichen Haushaltsplanberatung mit Anträgen für die Stärkung von sozial, bezahlbaren Wohnraum ein! Zunächst als einzige Fraktion bzw. Partei im Aalener Gemeinderat.

Das in den Folgejahren fraktionsübergreifend entwickelte „Aalener Modell“ ein Konsensmodell aller demokratischen Fraktionen, Gruppen und Zählgemeinschaften ist, darüber sind wir froh!

Wir freuen uns auch darüber, dass unser Antrag zum Haushalt 2020, private Investoren auf 30% der bebauten Wohnflächen für „Sozialwohnungen“ zu verpflichten, zwar mit Verspätung im Jahr 2022 Wirklichkeit geworden ist. Dass die Aalener Wohnungsbau bereit ist eine Quote von 35% zu erfüllen ist positiv aber immer noch unzureichend!

Wir stellen deshalb zur Weiterentwicklung des Aalener Modells erneut Anträge:

- **Antrag Nr. 1: „Sozial bezahlbarer Wohnraum – Weiterentwicklung des Aalener Modell“**

2.1 Auch im Haushaltsjahr 2024 beträgt die Quote bei der Aalener Wohnungsbau für sozial, bezahlbaren Wohnraum mindestens 35%. Darüber hinaus beantragen wir ein Konzept der Aalener Wohnungsbau, wo und wie eine höhere Quote von bis zu 100% umgesetzt werden kann. Hierbei ist insbesondere die weitere „Innenentwicklung“ der Stadt, aber auch andere Wohnquartiere im Stadtgebiet und in den Teilorten zu berücksichtigen. Über dieses Konzept soll der Gemeinderat vor Ende der Legislaturperiode 2024 unterrichtet werden. Darüber hinaus erhält der Gemeinderat zu diesem Zeitpunkt einen Bericht wie viele Wohnungen der Aalener Wohnungsbau in den Jahren 2021 bis 2023 aus der Sozialbindung gefallen sind und wie viele neue Wohnungen mit Sozialbindung in den Jahren 2021 bis 2023 hinzugekommen sind. Dieser Bericht soll künftig jährlich fortgeschrieben werden.

2.2 Im Rahmen des „Aalener Modell“ wurde beschlossen, dass der Jahresgewinn der Aalener Wohnungsbau, bei der Gesellschaft verbleibt. Wir beantragen dieses Modell fortzuführen, unter der Maßgabe, dass der verbliebene Jahresgewinn für zusätzliche, sozial bezahlbare Wohnungen eingesetzt wird.

2.3 Anknüpfend an den Antrag vom letzten Jahr „Finanzmittel für Inklusion und selbstbestimmtes Leben“ zum Haushalt 2023 beantragt die Linke erneut, für Menschen im Rollstuhl und für Seniorinnen und Senioren in allen Stadtteilen bezahlbare und geeignete, rollstuhlgerechte Wohnungen zu planen und zu bauen. Der angekündigte Bericht der Wohnungsbau Aalen GmbH dazu steht noch aus und soll zeitnah erfolgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Antrag Nr. 2:

In Ergänzung zur Öffnung der städtischen Plätze und Sportanlagen wird die Stadt beauftragt, ein Konzept mit Sportvereinen für weitere offene Sportmöglichkeiten zu entwickeln.

In Kooperation von ehren- und hauptamtlicher Quartiers-, Jugend- und Sozialarbeit mit den Sportvereinen sollen Nutzungsmöglichkeiten und Angebote gefunden werden, Anlagen zu nutzen, wenn diese nicht belegt sind.

Zur Gewährleistung der Sicherheit und dem Schutz vor Vandalismus sind Nutzer/Nutzerinnen und Verantwortliche der Quartiers-, Jugend- und Sozialarbeit einzubinden.

Ein Bonus der Stadt für entsprechende Angebote von Seiten der Sportvereine können eine finanzielle Zuwendung oder z.B. eine Erhöhung der Ehrenamtszuschale oder juristische Beratungsangebote sein – empfiehlt der Städtetag (Jan. 22).

Begründung:

Sport und Bewegung sind unverzichtbar für Lebensqualität und Zusammenleben in den Quartieren. Sport stärkt soziale Ressourcen wie Fairness, Gleichberechtigung, Toleranz, Inklusion und Integration. Um eine Teilhabe für alle Schichten der Bevölkerung zu ermöglichen, soll ein breites Angebot an ausreichenden, wohnortsnahen Bewegungsräumen für nichtorganisierten Sport geschaffen werden. Durch die zunehmende Innenverdichtung und weitere Bebauung in der Stadt, den Stadtteilen und Quartieren sind neue Sport- und Bewegungsräume erforderlich. Für ein solidarisches gesellschaftliches Miteinander ist zeitgemäße aktive Erholung unabdingbar. Dies wird durch ein gutes Konzept mit den Sportvereinen möglich, ohne ihre Angebote und benötigten Flächen zu tangieren.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Kommunen handlungsfähig zu halten ist auch ein Verfassungsauftrag.

Fest steht, die Kommunen sind mehr denn je systemrelevant für unsere Gesellschaft und den Staat als unmittelbares Bindeglied zwischen der „großen Politik“ und den Menschen. Auf die Kommunen kommen aktuell und künftig weitere Herausforderungen zu, die sie im Interesse der Bürger*innen und eines sozial verantwortlichen Miteinanders lösen müssen.

Solidarität bedeutet: Niemanden zurücklassen und die Gewinner der Krise, an der gerechten Finanzierung der Krisenlasten beteiligen.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir uns herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit bedanken.

In diesen Dank ist selbstverständlich auch die Stadtspitze mit OB Brütting, den Beigeordneten Steidle und Ehrmann, sowie Herr Barth und das Team der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltsentwurfs eingebunden.

Wir sind gespannt auf die weitere Beratung der nun vorliegenden Haushaltsanträge und bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit!